

monitor



(c) apabiz

»Deutschland treibt sich ab«

Organisierter »Lebensschutz«, christlicher Fundamentalismus und Antifeminismus

AbtreibungsgegnerInnen drängen mit ihren Kampagnen immer stärker in die Öffentlichkeit. Zu ihrer größten Veranstaltung, dem »Marsch für das Leben« in Berlin, bringen sie mittlerweile bis zu 4.000 Menschen auf die Straße. Dabei können sie sich auf antidemokratische und antifeministische Diskurse berufen, die von einem breiten Spektrum verschiedener Gruppen bestimmt werden.

Unsere erste Begegnung mit der aktuellen »Lebensschutz«-Bewegung war 2008 beim »Marsch für das Leben« in Berlin. Wir standen als Beobachter_innen am Rand, ließen die damals nur knapp 1.000 Holzkreuz-TrägerInnen an uns vorüberziehen, als plötzlich ein Geistlicher ein Plastikmodell eines kleinen Embryos vor das Gesicht der Frau in unserer Gruppe hielt und sie damit »segnete« – ungefragt, ungewollt, überaus unangenehm. Als wir damals das erste Mal die Veranstaltung dokumentierten, war sie noch bedeutend kleiner als heute – und bedeutend unterhaltsamer, wenn wir an die Gruppe US-amerikanischer Bibeltreuer denken, die auf einer selbstgebauten Lure trompetend um den Neptunbrunnen auf dem Alexanderplatz zogen.

Doch die Anmaßung der AbtreibungsgegnerInnen¹ gegenüber den Frauen und ihren Körpern war von Anfang an, und ist es seit Jahrzehnten

und Jahrhunderten, keine Grotteske und kein austerbendes Phänomen. Wir halten die offenbar zunehmende gesellschaftliche Reichweite dieser und anderer Veranstaltungen der Bewegung für beachtenswert. Nicht etwa, weil dort auch mal Neonazis zu sehen sind, was in der Vergangenheit immer wieder der Fall war, sondern weil hier haarsträubende antidemokratische und antifeministische Positionen formuliert werden. Einzelne VertreterInnen der extremen Rechten fühlen sich hier ebenso wohl wie Mitglieder evangelikaler und reaktionärer katholischer Gruppierungen wie etwa der PIUS-BRUDERSCHAFT.

Explizite »Lebensschutz«-Organisationen

Kritik an und Agitation gegen Schwangerschaftsabbrüche finden wir in Deutschland in der organisierten Form der »Lebensschutz«-Bewegung seit den späten 1960er Jahren. Als

Inhalt

- 1 »Deutschland treibt sich ab«
Die organisierte
»Lebensschutz«-Bewegung
- 4 Brandstifter im Parlament
Kommunalwahlen in Brandenburg: Gemischte Bilanz für die NPD
- 5 Zwei neue Veranstaltungen
Bildung en detail
- 6 Staatlich infiltriertes Milieu
Rezension
- 7 Kurzmeldungen
- 8 Neu im Archiv

antifaschistisches pressearchiv
und bildungszentrum berlin e.v.
(apabiz)

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin

geöffnet do von 15 bis 19 uhr und
nach absprache

fon | fax: 0 30 . 6 11 62 49

mail@apabiz.de
www.apabiz.de

konto-nummer: 332 08 00
blz: 100 205 00
iban: DE30 1002 0500 0003 3208 00
bic: BFSWDE33BER
bank für sozialwirtschaft

monitor ist nicht im abo erhältlich,
aber fördermitglieder bekommen ihn
zugeschickt. mehr infos dazu gibt es
auf der rückseite.

monitor – rundbrief des apabiz e.v. |
v.i.s.d.p.: apabiz e.v., c.schulze,
lausitzer str.10, 10999 berlin | dank an
unsere fördermitglieder, die mit ihrem
beitrag die finanzierung unterstützen |
erscheinungsweise: alle zwei monate
fotos: alle rechte liegen bei den
fotograf_innen



1

Wir verwenden im monitor den Gender_gap, wo eine Menge von all gender Menschen beschrieben wird. Bei den VertreterInnen der extremen Rechten und des christlichen Fundamentalismus benutzen wir das Binnen-I, da es in ihrem Selbstverständnis keine weiteren Geschlechter, sondern nur Männer und Frauen gibt. »Lebensschützer« oder »Lebensrechtler« ist die Selbstbezeichnung der Akteure, die wir ungegendert in Anführungszeichen übernehmen.

2

BVL: Berliner Erklärung zum Schutz des ungeborenen Lebens anlässlich des Marsches für das Leben am 21.9.2013, www.marsch-fuer-das-leben.de/berliner_erklaerung.php, 14.5.2014

3

EuroProLife: Gebetszug »1000 Kreuze für das Leben« in Münster/Westfalen, siehe europrolife.com/147-0-News.html, 14.5.2014

4

Der »Marsch für das Leben« fand in Berlin in den Jahren 2002, 2004, 2006 und seit 2008 jährlich statt, bis 2006 unter dem Namen »1000 Kreuze für das Leben«, siehe www.marsch-fuer-das-leben.de

5

Der gesamte Bericht siehe apabiz: Der »Marsch für das Leben« in Berlin unter www.blog.schattenbericht.de/2012/09/der-marsch-fur-das-leben-in-berlin, 14.5.2014

»Lebensschutz«-Bewegung bezeichnen wir eine Vielzahl von Gruppen, die sich über dieses gemeinsame politische Anliegen definieren. Es ist eine »Ein-Punkt-Bewegung«, die sich überkonfessionell und überparteilich gibt. Die Ablehnung von Abtreibungen war von Anfang an eng verknüpft mit einem Kampf gegen den Feminismus und gegen die sexuelle Selbstbestimmung vor allem von Frauen und entspringt einem konservativen bis extrem rechten Weltbild.

Mit den Kämpfen und (Teil-)Erfolgen der feministischen Bewegung der 80er Jahre für die sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung geriet die Bewegung zur Ablehnung von Schwangerschaftsabbrüchen in die Defensive. In den frühen 1990er Jahren wurden dann die Überschneidungen der »Lebensschützer« in die extreme Rechte bekannt. Die »Lebensschutz«-Gruppen waren als christliche FundamentalistInnen stigmatisiert und verstärkt auf ein gutes Image und die gesellschaftliche Anschlussfähigkeit bedacht. Dies drückt sich heute in einer entradikalisierten Sprache und einer verstärkten Lobbyarbeit in politischen Eliten aus. Zudem hat die »Lebensschutz«-Bewegung de facto ihr Themenspektrum ausgeweitet: Die Gruppen engagieren sich seit einigen Jahren nicht nur gegen Schwangerschaftsabbrüche, sondern auch gegen Präimplantationsdiagnostik (PID) und Pränataldiagnostik (PND) und die damit verbundenen Selektionseffekte sowie gegen die Sterbehilfe, die sie als »Euthanasie« bezeichnen.

»Märsche für das Leben« bundesweit

Ihre Inhalte bringen die »Lebensschützer« auf verschiedenen Wegen an die Menschen: Durch klassische Aktionen wie Demonstrationen, durch Informationsarbeit auf lokaler Ebene, in persönlichen Gesprächen oder durch professionelle Lobbyarbeit. Hierbei ist eine klare Aufteilung der Zielgruppen und Arbeitsbereiche unter den verschiedenen »Lebensschutz«-Gruppen festzustellen.

Die wichtigste öffentliche Aktionsform der »Lebensschutz«-Bewegung sind die jährlich in mehreren Städten Deutschlands und Europas

stattfindenden »Märsche für das Leben«. Hier proklamieren die Teilnehmenden öffentlich ihren Anspruch, »für eine Kultur des Lebens in Deutschland und Europa einzutreten«² und der »Opfer dieser »Kultur des Todes«³ zu gedenken. Neben einem überwiegend schweigend durchgeführten Aufzug, auf dem symbolisch weiße Holzkreuze für die »getöteten Kinder« mitgeführt werden, finden Kundgebungen und Gottesdienste statt.

Der BUNDESVERBAND LEBENSRECHT (BVL) (siehe Kasten) organisiert jährlich im September die zentrale Veranstaltung in Berlin, die 2013 bereits zum elften Mal⁴ stattfand. Das gesamte Jahr bereitet der BVL unter seinem Vorsitzenden MARTIN LOHMANN diesen Marsch vor – mit wachsendem Erfolg: der Protestzug ist kontinuierlich gewachsen, in Berlin zuletzt auf rund 4.000 Teilnehmende. Auch die internationale Beteiligung hat sich verstärkt, so waren bereits 2012 über 100 Jugendliche aus Polen angereist, erkennbar an polnischen Nationalflaggen und Papst-Wojtyla-Fan-T-Shirts. Das Publikum besteht teilweise aus Kindern und Jugendlichen: Oft waren es Kleinkinder die selbst

gemalte Schilder gegen Abtreibung trugen oder von ihren Eltern vorgebracht wurden, Flyer an PassantInnen und Gegendemonstrierende zu verteilen.

Der Marsch in Berlin ist aufwändig und sorgsam orchestriert, so wie der von 2012: Um 13 Uhr begann die ca. einstündige Auftakt-Kundgebung am Bundeskanzleramt, moderiert vom Vorsitzenden des veranstaltenden BVL, MARTIN LOHMANN. Insgesamt zehn RednerInnen und zwei MusikerInnen traten ans Mikrofon, um zum großen Teil von eigenen Erfahrungen zu berichten. Die Rhetorik von Gut und Böse führte in den Argumentationen zu der Selbststilisierung als Verkünder der »Wahrheit« – auch gegenüber denjenigen, die noch verblendet seien, wie z.B. die Gegendemonstrierenden. »Wir sagen Ja zum Leben, auch für jene, die das noch nicht verstehen, ich sage Euch: Die Wahrheit wird sich durchsetzen, die Wahrheit wird uns frei machen«, so LOHMANN gleich zu Beginn der Auftaktkundgebung⁵.

Anhand der Märsche wird die Kampagnenfähigkeit der »Lebensschutz«-Bewegung, vor allem unter der Dachorganisation BVL, am deut-

BUNDESVERBAND LEBENSRECHT E.V. (BVL)

Dachorganisation von derzeit 13 »Lebensschutz«-Gruppen ist der 2001 gegründete Verein BVL mit Sitz in Berlin. 2009 löste MARTIN LOHMANN CLAUDIA KAMINSKI als Vorsitzende ab. Mitglieder des BVL sind derzeit: ALFA – AKTION LEBENSRECHT FÜR ALLE, ARBEITSKREIS LEBENSRECHT UND FAMILIE DER AUF-PARTEI, CDL, DURCHBLICK, EUROPÄISCHE ÄRZTEAKTION, KALEB, JVL – JURISTENVEREINIGUNG LEBENSRECHT, PRO CONSCIENTIA, PRO MUNDIS, RAHEL, STIFTUNG JA ZUM LEBEN, TCLG, WEISSES KREUZ.

In seiner Satzung erklärt der BVL, Ziel sei das gemeinsame Eintreten »für den Schutz der Würde und des Lebensrechts ungeborener und geborener Menschen von der Zeugung bis zum natürlichen Tod«. Basis der Zusammenarbeit seien die Menschenrechte und die »elementaren Grundrechte der Verfassung, in denen das biblisch-christliche Menschenbild seinen Ausdruck« finde. Hauptaktivität ist die Ausrichtung des bundesweiten »Marsch für das Leben« in Berlin. Des Weiteren veranstaltet der BVL Weiterbildungsseminare und Symposien, äußert sich in Pressemitteilungen und betreibt Lobbyarbeit, indem er »politische und kirchliche Verantwortungsträger« informiert. Aus den verlesenen Grußworten auf den »Märschen für das Leben« und den eingeladenen RednerInnen auf den Veranstaltungen lässt sich auf eine hervorragende Vernetzung des BVL in wichtige funktionstragende Kreise der Politik und Kirche schließen. Sowohl die frühere Vorsitzende CLAUDIA KAMINSKI als auch MARTIN LOHMANN scheuen sich nicht, für extrem rechte Publikationen wie die JUNGE FREIHEIT oder COMPACT Artikel zu schreiben oder Interviews zu geben.



(c) apabiz

lichsten. Liberale und reaktionäre Teile des Spektrums stehen unwidersprochen nebeneinander auf der Bühne und können ihre jeweiligen Botschaften verkünden. Märsche finden unter anderem in Berlin, München, Fulda, Münster (organisiert durch EUROPROLIFE) und Freiburg (organisiert durch die PIUS-BRÜDER) statt. In Annaberg-Buchholz organisiert der Kreisverband Erzgebirge der CHRISTDEMOKRATEN FÜR DAS LEBEN (CDL) seit 2010 jährlich Ende Mai einen »Schweigemarsch für das Leben«, der 2013 unter dem Motto »Abtreibung stoppen! Menschenwürde achten!« mit 300 Teilnehmenden stattfand. Bemerkenswert ist die maßgebliche Teilnahme von sächsischer CDU-Prominenz, wie dem CDU-Fraktionsvorsitzenden im Landtag, STEFFEN FLATH.

Während der Märsche kommt es inzwischen regelmäßig zu Protesten von linken, (queer-)feministischen und antifaschistischen Gruppen. Diese Gegenmobilisierungen, die laut Kirsten Achtelik seit 2008 in Deutschland und Österreich durchgeführt werden, setzen »den Aktionen der Abtreibungsgegner_innen erstmals öffentlich Protest entgegen«, aber hätten auch »eine erneute Auseinandersetzung mit Abtreibung und reproduktiven Rechten angeregt«, die lange nicht mehr geführt wurde.⁶

Ablehnung von Abtreibungen als umfassende Kulturkritik

Die Vielzahl an expliziten »Lebensschutz«-Organisationen ist gut verzahnt in breitere politische Netzwerke von christlichen Gruppen, von Parteien und Organisationen der NEUEN RECHTEN. Wir zählen derzeit mindestens 60 explizite »Lebensschutz«-Gruppen in Deutschland, meist als eingetragene Vereine und als gemeinnützig anerkannt, von denen geschätzt die Hälfte vor allem Informations- und Lobbyarbeit gegen Abtreibungen betreibt, die andere Hälfte bietet (persönliche oder telefonische) Schwangeren-Beratungen an ohne den Beratungsschein⁷ auszustellen. Einige sind auch in beiden Feldern tätig. Nicht mitgezählt haben wir die Dutzenden Regionalgruppen großer Organisationen wie KALEB. Die meisten Organisationen veröffentlichen keine Mitgliederzahlen, Zahlen über angestellte MitarbeiterInnen oder Angaben über ihr Vermögen und ihre Finanzquellen.

Die Abtreibungskritik dient den christlich-fundamentalistischen Gruppen – die nahezu ausschließlich den Kern der Aktiven stellen – immer als Ausgangspunkt für eine umfassende, generalisierende Kulturkritik an der heutigen postmodernen und individualisierten Gesellschaft. Am Thema »Lebensschutz« werden eine

Vielzahl von gesellschaftlichen Diskursen zugespitzt, moralisiert und emotionalisiert. Von Anfang an war das Ziel der »Lebensschutz«-Bewegung nicht alleine darauf ausgerichtet, Schwangerschaftsabbrüche gesetzlich zu erschweren, zu verbieten oder moralisch zu verdammen. Näher betrachtet geht es ihnen um eine Kritik an einer als »unverantwortlich« apostrophierten liberalisierten Sexualmoral, an der Anmaßung des Menschen über die »Schöpfung« (sprich »Gottlosigkeit«), am fehlenden Schutz der »Schwächsten« der Gesellschaft, an Materialismus, Profitdenken und Egoismus, und, zumindest im deutschen Kontext, am demografischen Wandel und dem damit verknüpften, drohenden Verlust eines »christlichen Abendlandes«. Ihre propagierten »Problemanalysen« skizzieren einen prochristlichen, anti-säkularen und anti-modernen Gesellschaftsentwurf.

Eike Sanders, Ulli Jentsch, Felix Hansen

6

Achtelik, Kirsten: Gegen die »Märsche für das Leben« – eine Erfolgsgeschichte, in: Familienplanungszentrum Balance (Hg.): Die neue Radikalität der Abtreibungsgegner_innen im (inter-)nationalen Raum. Berlin 2012, S. 81-83.

7

Achtelik, Kirsten: Gegen die »Märsche für das Leben« – eine Erfolgsgeschichte, in: Familienplanungszentrum Balance (Hg.): Die neue Radikalität der Abtreibungsgegner_innen im (inter-)nationalen Raum. Berlin 2012, S. 81-83.



Dieser Text ist ein Auszug aus dem im August im Unrast Verlag erscheinenden Buch:

Eike Sanders, Ulli Jentsch, Felix Hansen: »Deutschland treibt sich ab«. Organisierter »Lebensschutz«, christlicher Fundamentalismus und Antifeminismus. Reihe unrast transparent - rechter rand, Band 12.

NPD-Kandidat DAVE TRICK bei einer Kundgebung in Gransee. TRICK wurde im Wahlkampf gewalttätig; jetzt ist er im Stadtrat Neuruppin.
| (c) Presseservice
Rathenow



Brandstifter jetzt im Parlament

Kommunalwahlen in Brandenburg: Gemischte Bilanz für die NPD

Die Neonazipartei gewinnt in der Mark zahlreiche Mandate - trotz gewalttätigem Wahlkampf und zahlreichen vorbestraften Kandidaten. Der erhoffte Einzug in den Landtag bei den Wahlen im September scheint trotzdem unrealistisch.

THOMAS HABERLAND hat's geschafft. Der Neonazi trat bei den Brandenburger Kommunalwahlen für die NPD als Kandidat für die Stadtverordnetenversammlung in Joachimsthal (Kreis Barnim) an. Wochen vor der Wahl wurde nach antifaschistischen Recherchen in Presseberichten auf die Vergangenheit HABERLANDS aufmerksam gemacht: Im September 1992 hatte er mit einem Komplizen eine ehemalige Häftlingsbaracke in der Gedenkstätte des Konzentrationslagers Sachsenhausen niedergebrannt – und dafür eine dreijährige Haftstrafe erhalten. Die Tat hatte damals international Entsetzen ausgelöst. Obwohl die kriminelle Energie des Neonazis lang genug vor den Wahlen bekannt war, warb er genug Stimmen ein, um nun tatsächlich einen Kommunalvertreter im Stadtparlament zu mimen.

Die Kandidatur HABERLANDS war durchaus typisch für die Wahlantritte der NPD in Brandenburg: Zahlreiche Neonazis mit einschlägigen, teils schwersten Vorstrafen wurden aufgestellt. Und oft genug reichte es für den Einzug in die Kommunalparlamente. Die für harte nationalsozialistische Inhalte offenen Milieus in Brandenburg sind zwar überschaubar,

aber groß genug für solche Ergebnisse. 62.000 Stimmen fuhr die NPD insgesamt ein, was einem Stimmanteil von 2,2 Prozentpunkten entspricht.

Insgesamt erhielt die NPD 49 Mandate und ist nunmehr in 12 Kreistagen, im Parlament der kreisfreien Stadt Cottbus sowie diversen Gemeinde- und Stadtvertretungen präsent. Vorher waren es 27. Das zuvor von der NPD ausgegebene Wahlziel einer Mandatsverdopplung wurde also nur knapp verfehlt. Bei den vorigen Kommunalwahlen 2008 hatte die NPD mit der damals noch existenten DVU ihre Antritte abgestimmt.

Aufgestellt hatte die NPD bei den jetzigen Wahlen 115 KandidatInnen. Wo sie auf Kreisebene antrat, folgte in allen Fällen ein Mandatsgewinn. Allerdings: Da wo die NPD schon vertreten war, verlor sie im Vergleich zu den Wahlen 2008 ebenfalls in allen Fällen Stimmen.

Nicht nur die kriminelle Vergangenheit ihrer KandidatInnen hatte im Vorfeld der Wahlen für Aufmerksamkeit gesorgt. Auch im Wahlgeschehen selbst wurden NPDler handgreiflich. Bei einer Kundgebung in Frankfurt/Oder wurde ein Gegendemonstrant ins Krankenhaus geprü-

gelt. Bei einer Plakatieraktion in Neuruppin schlug der später ins Stadtparlament gewählte NPD-Kandidat DAVE TRICK auf einen Passanten ein. Und bei einer Wahlparty in Bad Belzig griff der frisch gebackene Stadtverordnete PASCAL STOLLE einen Pressefotografen an.

Im September stehen in Brandenburg Landtagswahlen an – und die NPD glaubt selbstbewusst an einen Einzug in den Potsdamer Landtag. Eine Kundgebungstour soll neben den allpräsenten Wahlplakaten wie bei den Kommunalwahlen den Kern der Werbestrategie bilden. Wahlkampfchef ist SEBASTIAN SCHMIDTKE, NPD-Landesvorsitzender in Berlin, der auch in der Hauptstadt eine Vielzahl von Kundgebungen abhält. Ob es für einen Landtagseinzug reichen wird, darf angesichts der jüngsten Wahlergebnisse indes bezweifelt werden. Anders als auf Kommunal- und Europaebene gilt eine Fünfprozenthürde und aktuell lag die NPD eben bei dürftigen 2,2 Prozent - beziehungsweise 2,6 landesweit bei den Europawahlen und den Bundestagswahlen im vergangenen Jahr.

Christoph Schulze



Bildung en detail

Vortrag auf türkisch/deutsch | Etkinlik Türkçe/Almanca

Der NSU und seine Aufklärung: von den 1990ern bis heute

1990'lardan günümüze NSU ve aydınlanma süreci

Wir möchten vermehrt zweisprachige Veranstaltungen anbieten, da eine der Konsequenzen aus dem NSU ist, dass die Verbindung und Kommunikation zwischen den verschiedenen Communities nicht funktioniert hat. Sprache ist immer ein Teil davon.

Am 4. November 2011 wurde bekannt, dass über 13 Jahre eine neonazistische Gruppierung existierte. Sie tötete neun Menschen mit Migrationshintergrund und eine Polizistin, bei drei Bombenanschlägen verletzte sie 24 Menschen zum Teil schwer und verübte mindestens 15 Banküberfälle. Im Mai 2013 begann ein erster Prozess gegen fünf der mutmaßlichen Mitglieder und UnterstützerInnen des NSU. Die Veranstaltung beleuchtet anhand

von Rückblicken auf die 90er Jahre und aktuellen Beispielen den politischen Kontext des Rechtsterrorismus und dessen inhaltliche Entwicklungslinien.

Im Vortrag wird eine aktuelle Bestandsaufnahme des NSU-Prozesses in München sowie der verschiedenen Untersuchungsausschüsse gemacht. Es wird gezeigt, welches Bild des NSU sich heute vor dem Hintergrund der Geschichte des Neonazismus in Deutschland zeichnet. Es wird versucht, auf einige der vielen offenen Fragen rund um den Komplex Antworten zu geben. Dabei geht es um den staatlichen Umgang mit dem Rechtsterrorismus des NSU sowie die fragwürdige Aufarbeitung des Rassismus auf gesellschaftlicher Ebene. Die Rolle der Medien, sowohl

deutsch- als auch türkischsprachige, und das Schweigen der Gesellschaft in diesem Zusammenhang werden hier kritisiert. Anschließend wollen wir diskutieren, welche Konsequenzen Gesellschaft und Politik gezogen haben und welche wir selbst ziehen müssen.

Die Veranstaltung kann je nach den Interessen und Bedürfnissen der Teilnehmenden den Schwerpunkt auf den Vortrag mit Präsentation und kurzer Filmvorführung (ca. 1,5 Stunden) legen oder als offene Diskussionsrunde gestaltet werden.

Die Referent_innen vertreten die unabhängige Beobachtungsstelle »NSU-watch: Aufklären & Einmischen«, die den Prozess verfolgt und die Protokolle auf deutsch und türkisch veröffentlicht.

Bildung en detail

Rassistische Agitation gegen Geflüchtete

Neue Veranstaltung des apabiz

»Nein zum Heim« schallte es am 16. November 2013 immer wieder über den Marktplatz der Kleinstadt Schneeberg in Sachsen. Etwa 2000 Menschen hatten sich versammelt, um gegen eine im Ort geplante Unterkunft für Geflüchtete zu demonstrieren. Organisiert worden war die Demonstration von einem örtlichen NPD-Kader. Doch die meisten der Anwesenden waren keine Nazis, sondern bisher unauffällige Bürger_innen, die hier ihren rassistischen Ressentiments Luft machten. Dies ist zwar eines der drastischeren Beispiele, allerdings bei Weitem keine Seltenheit. Vielmehr ist dies Sinnbild einer gesamtgesellschaftlich weit verbreiteten rassistischen Stimmung, die

sich im letzten Jahr an vielen Orten entlud, an denen Geflüchtete und Asylsuchende untergebracht werden sollten. Nahezu überall dort traten sogenannte »Bürgerinitiativen« unter dem Motto »Nein zum Heim« auf den Plan, die oft von regionalen Neonazis initiiert wurden.

In einer neu konzipierten Veranstaltung haben wir uns dieses Problems angenommen. Dabei widmen wir uns zum Einen den offen rassistischen Agitationen neonazistischer und extrem rechter Akteure und den zahlreichen Angriffen auf Unterkünfte für Geflüchtete. Doch das Problem heißt Rassismus und extreme Rechte sind nur ein Teil dessen. Aktuelle Umfragen zeigen, dass etwa 75% der bundesdeutschen

Bevölkerung rassistische Ressentiments gegen Geflüchtete und Asylsuchende hegen. Oftmals sind diese verknüpft mit Anti-Establishment-Meinungen und Klagen über die Sozialpolitik. Im zweiten Teil der Veranstaltung stellen wir daher einen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang her. Diskutiert werden hierbei auch die Verantwortung medialer Berichterstattung und etablierter Politiker_innen, die durch rassistische und nationalistische Thesen, die Stimmung weiter anheizen.

Die Referent_innen sind Mitarbeiter_innen des apabiz. Wir bieten die Veranstaltung je nach Interesse als Vortrag oder als Workshop an.

**Stefan Aust
Dirk Laabs****Heimat
schutz****Der Staat
und die
Mordserie
des NSU**

Stefan Aust, Dirk Laabs:
*Heimatschutz: Der Staat und die
Mordserie des NSU*, Pantheon Verlag
(2014), 864 Seiten

Rezension

Staatlich infiltriertes Milieu

Mit »Heimatschutz: Der Staat und die Mordserie des NSU« liegt seit Mai diesen Jahres erstmals ein umfassendes Werk über den Rechtsterrorismus des NATIONALSOZIALISTISCHEN UNTERGRUNDS vor. Darin sezieren die beiden Autoren Stefan Aust und Dirk Laabs das extrem rechte Milieu und die Sicherheitsarchitektur der Bundesrepublik im Bereich der operativen Bekämpfung der Szene.

Rund 900 Seiten umfasst die Veröffentlichung, aufgeteilt auf zwölf Kapitel, basierend auf einer akribischen Auswertung von Protokollen und Mitschriften aus den Untersuchungsausschüssen des Bundes- und Thüringer Landtags, nicht-öffentlichen Behördenakten und zahlreichen Interviews.

Ausgehend von den Nachwendejahren beschreiben die Autoren chronologisch das Milieu, in dem der NSU-Terror entstehen konnte. Eingebettet in Hintergründe über UnterstützerInnen, deren Strukturen und andere Akteure der extremen Rechten. Innerhalb der Kapitel finden häufig Perspektiv- und Ortswechsel statt, die den komplexen Inhalt auflockern und die Sichtweise der Behörden auf Entwicklungen, Aktionen und Kader nachzeichnen.

Deutlich und direkt wird Kritik an Verfassungsschutzbehörden in Bund und Ländern formuliert: Der Inlandsgeheimdienst sei alles andere als auf dem »rechten Auge blind« gewesen. Vielmehr widmete er sich intensiv der Infiltrierung und Steuerung der Szene durch eine Vielzahl an Vertrauensleuten, bezahlte Spitzel, die die Behörde oft nicht unter Kontrolle hatte und all zu oft vor der Strafverfolgung schützte. Viele Neonazis mit Staatsauftrag gehörten zu Strippenziehern in der Szene, viele von ihnen waren im Umfeld des NATIONALSOZIALISTISCHEN UNTERGRUNDS aktiv. Belege für diese Vorwürfe finden sich im gesamten Band und beziehen sich auf unterschiedliche Quellen und Materialien.

Trotz der monatelangen Flut an Enthüllungen ist es den Autoren gelungen, bisher unbekanntes zu veröffentlichen. So entdeckten sie in Abhörprotokollen, gefertigt aus der Kommunikation zwischen Chem-

nitzer Neonazis, erstaunliche Informationen. Bei der Fahndung nach den Untergetauchten BÖHNHARDT, MUNDLOS und ZSCHÄPE hatten die Ermittler wichtige Kurznachrichten womöglich nicht ordentlich ausgewertet. Kaum verklausuliert sprachen die Unterstützer 1998 über Umzüge und die Opferbereitschaft für Kameraden, nur wenige Monate nach dem Abtauchen und in der Hochzeit der Fahndung.

Aust und Laabs zeichnen in Exkursen auch die Entwicklung des Rechtsterrorismus der siebziger und achtziger Jahre nach, berücksichtigen und verweisen auf internationale Gruppen und Personen, die nach einem ähnlichen Muster wie der NSU agierten und beleuchten Konzepte der militanten Neonazi-Szene, die als Blaupausen für den Untergrundkampf gedient haben könnten.

Ein Großteil der Namen von Neonazis und Verfassungsschützern ist nicht abgekürzt, was dem Verständnis zuträglich ist und den Leser_innen eigene Recherchemöglichkeiten eröffnet. Wer sich einen schnellen Zugriff auf Namen oder Gruppen erhofft, wird jedoch enttäuscht. Ein Personen- und Sachregister fehlt. Den Wert des Buches schmälert das nicht. In der Gesamtheit bietet es eine Fülle an Informationen, die es aktuell zum einzigen Standardwerk machen.

Wie wenig die Gesellschaft trotz der andauernden Aufklärungsarbeit weiß, wird nach der Lektüre abermals deutlich. Noch immer sind zu viele Fragen offen. Nicht umsonst heißt es am Ende: »Dieses Buch soll ein Anfang sein und nicht das letzte Wort.«

Maik Baumgärtner



Kurzmeldungen

Nannen-Preisträger spendet ans apabiz

Bundesweit • Der diesjährige Henri-Nannen-Preisträger Jacob Appelbaum hat sich von der Auszeichnung öffentlich distanziert und will nach eigener Aussage die Preisskulptur »einschmelzen lassen«. Das Preisgeld will der US-Internetaktivist zu gleichen Teilen an das *apabiz* und die *Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN)* spenden. Appelbaum ist ein Vertrauter des NSA-Whistleblowers Edward Snowden. Mitte Mai wurde er zusammen mit anderen Journalisten für seine Berichte zur NSA-Überwachung mit dem Preis ausgezeichnet – wenige Tage später folgte seine Distanzierung. Appelbaum begründete den Schritt mit der Vergangenheit HENRI NANNENS. Der spätere Stern-Herausgeber war im Zweiten Weltkrieg Leiter einer NS-Propagandakompanie. Das *apabiz* bedankt sich herzlich für die Unterstützung.

Europawahlen 2014 mit erwartetem Ergebnis

Brüssel • Bei den Wahlen zum neuen Europaparlament kam es zu den erwarteten Gewinnen für Europa-skeptische, nationalistische und extrem rechte Parteien. In drei Ländern errangen diese sogar einen Wahlsieg: Der FRONT NATIONAL gewann mit fast 25% in Frankreich (24 Sitze), die DANSK FOLKEPARTI mit mehr als 26% in Dänemark (4 Sitze) und die UNITED KINGDOM INDEPENDENT PARTY (UKIP) in Großbritannien mit fast 27% (24 Sitze). Wie die Umfragen vorhersagten, gelangte die neu gegründete ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND (AfD) mit 7% und 7 Sitzen ins EU-Parlament. Da die 3%-Hürde gerichtlich kassiert worden war, entsendet auch die NPD einen Vertreter (1% für Udo Voigt).

Bereits erfolgreich gegründet ist die von der UKIP geführte Fraktion EUROPA DER FREIHEIT UND DER DEMOKRATIE (EFD), an der auch die SCHWEDENDEMOKRATEN teilnehmen. Die konservativen EU-Kritiker finden sich in der Fraktion EUROPÄISCHE KONSERVATIVE UND REFORMISTEN (EKR), darunter DIE FINNEN und die DANSK FOLKEPARTI, ANEL (Griechenland) und der Vertreter der deutschen FAMILIENPARTEI (ARNE GERICKE). Die Aufnahme der AfD wurde zwar beschlossen, der britische Premier David Cameron, dessen Konservative Partei auch der EKR angehört, lehnt dies jedoch ab.

Dem FN, der LEGA NORD (5 Sitze), FPÖ (4 Sitze), der niederländischen PVV von GEERT WILDERS (4 Sitze) und dem belgischen VLAAMS BELANG (1 Sitz) fehlen bisher die weiteren Partner, um ihre vor der Wahl geplante EUROPÄISCHE ALLIANZ FÜR DIE FREIHEIT zu gründen. Damit werden ihnen Fraktionsgelder von rund 3 Millionen Euro entgehen. Ohne Fraktion bleiben wohl auch die ungarische JOBBIK (3 Sitze) und die NPD; die BRITISH NATIONAL PARTY (BNP) ist nicht mehr im Parlament vertreten, genauso wie die bulgarische ATAKA.

DIY-Seminar: Anti-Nazi-App

Berlin • In Kooperation mit dem *DGB Bildungswerk* und der *Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (mbr)* plant das *apabiz* vom 21. bis 26. September ein Seminar in Berlin mit dem Titel »Do It Yourself: Anti-Nazi-App - Mobiles Lernen in der Arbeit gegen Rechts«. Dabei werden wir den gewohnten Seminarraum verlassen und mit Smartphones und Tablets öffentliche Orte erkunden, an denen die extreme Rechte im Alltag sichtbar und aktiv ist. Ziel des fünf-tägigen Workshops ist es, Kenntnisse im Umgang mit digitalen Medien für die mobile Bildungsarbeit gegen Rechts kennenzulernen, Module zu erproben und eigene zu entwickeln. Das Seminar richtet sich vor allem an Multiplikator_innen, die zum Themenfeld extreme Rechte arbeiten. Interessierte können sich gern bei uns melden.

Kopfloses Institut?

Schnellroda/Berlin • Die ideologische Führungsfigur des neu-rechten INSTITUT FÜR STAATSPOLITIK (IfS), KARLHEINZ WEISSMANN, hat laut einer Randbemerkung in der Wochenzeitung JUNGE FREIHEIT (JF) bereits Ende April das Institut verlassen. Laut JF war »mit anderen Verantwortlichen keine Einigung über die Ausgestaltung der weiteren Arbeit erzielt worden«. Dieser Umstand habe schließlich zur Trennung WEISSMANNs vom IfS, dessen Mitbegründer er war, geführt. Bisher äußerten sich weder das Institut noch WEISSMANN direkt zu dieser grundlegenden personellen Neuorientierung. Deutliche Zeichen sind aber, dass der Gymnasiallehrer nicht mehr als Redaktionsmitglied der SEZESSION genannt wird und seine zahlreichen Artikel auf dem Blog der Zeitschrift zu Gastbeiträgen umetikettiert wurden.

Der Kern der Auseinandersetzung zwischen WEISSMANN und dem INSTITUT FÜR STAATSPOLITIK bzw. der Zeitschrift SEZESSION dürfte in dem Meinungsstreit liegen, dass sich mit der ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND (AfD) eine parteipolitische Option eröffne. JF-Kolumnist WEISSMANN zeigte sich in der Vergangenheit relativ offen für die AfD und ihre politischen Themen und folgte damit nur allzu deutlich der Linie der JUNGEN FREIHEIT. Gegenteilige Ansichten dazu vertrat beispielsweise GÖTZ KUBITSCHKEK, der Chefredakteur der SEZESSION.



1. Mai 2014 in Plauen

| (c) Jan Nowak

1.700 bei Nazidemos am 1. Mai

Bundesweit/ Usti nad Labem • An den Neonazidemonstrationen zum 1. Mai nahmen bundesweit rund 1700 Rechte teil. Das Niveau der Mobilisierung verbleibt damit in etwa auf dem des Vorjahres (2013: 1800). Das größte Event war die Kameradschaftsdemonstration in Plauen mit rund 600 Neonazis, gefolgt von Dortmund (DIE RECHTE, 450), Rostock (NPD, 350) sowie Duisburg und Kaiserslautern (beide NPD, jeweils 100). Hinzu können noch die 60 Teilnehmenden einer NPD-Wanderkundgebung in vier Brandenburger Städten gezählt werden sowie einige Dutzend deutsche Neonazis, die im tschechischen Usti nad Labem mitdemonstrierten. Noch vor einigen Jahren lagen die Teilnehmerzahlen zu rechten Demonstrationen am »Tag der Arbeit« wesentlich höher – 2010 waren es beispielsweise 3700 gewesen. Genauso verhielt es sich mit dem »Tag der deutschen Zukunft«, der am 7. Juni in Dresden stattfand, nur etwa 500 Rechte nahmen an der Demo teil. Mehr zum Hintergrund der rückläufigen Teilnehmerzahlen bei Aufmärschen der Rechten kann im letzten *Monitor* (Nr. 64) nachgelesen werden.



Abonnieren...

...kann man den ~~monito~~ nicht. Aber wer Fördermitglied des apabiz e.v. wird, der bzw. die bekommt ihn kostenlos zugeschickt!

Spenden und vor allem ein fester Kreis von Fördermitgliedern sind für unsere Arbeit unersetzbar. Sie sichern den Erhalt unseres Projektes unabhängig von öffentlichen Geldern und damit unabhängig von gesellschaftlichen Stimmungen. Die Spenden sind steuerlich absetzbar.

► Fördermitglied werden

Ihr spendet uns einen festen monatlichen Betrag, den wir von Eurem Konto abbuchen. Alternativ ist auch die Einrichtung eines Dauerauftrages möglich. Dafür erhaltet Ihr diesen Rundbrief mit unserer internen Beilage, werdet mit Informationen versorgt und bekommt einen Kaffee, wenn Ihr vorbeikommt.

► Spenden

Ihr überweist einfach einmalig oder per Dauerauftrag auf unser Konto (s. S. 1). Für die Ausstellung einer Spendenbescheinigung müsst Ihr uns allerdings noch Eure Daten zukommen lassen. Auch Sachspenden sind willkommen.

► Fördermitgliedschaft

Hiermit erteile ich dem *apabiz e.v.* eine Einzugsermächtigung über monatlich _____ Euro (mind. 5 Euro).

► Dauerauftrag/Einmalige Spende

Ich habe zur Unterstützung Eurer Arbeit

- einen Dauerauftrag eingerichtet. einmalig _____ Euro überwiesen.

Kontonummer: _____

Bank und BLZ: _____

Name/Organisation: _____

Adresse: _____

e-mail: _____

Unterschrift: _____

Spendenbescheinigung erwünscht
(Fördermitglieder und Dauerspende_innen erhalten diese 1x jährlich)

Neu im Archiv

eingegangen und ab sofort verfügbar sind. Darüber hinaus werden wir auf bestimmte Sachgebiete hinweisen, zu denen Ihr Sammlungen bei uns finden könnt. Danke an die Verlage.

- *Ani, Friedrich: M – Ein Tabor Süden Roman, Droemer, 2013.*

Das Bekanntwerden des NSU-Komplexes hat den Krimi-Autor Friedrich Ani nicht unberührt gelassen und lieferte offenkundig die Grundlage für seinen neuen Krimi »M – Ein Tabor Süden Roman«. Die in vorangegangenen Romanen bereits etablierte Ermittlerfigur, der in München lebende und arbeitende Privat-Detektiv Tabor Süden, und seine Kolleg_innen erhalten einen zunächst nicht weiter auffälligen Auftrag. Sehr schnell jedoch sehen sie sich konfrontiert mit skrupellosen, im Untergrund lebenden und agierenden Neonazis und deren gewaltbereiten Unterstützungsstrukturen. Auch in diesem Krimi sind Polizei- und Geheimdienstbehörden weniger eine Hilfe als vielmehr Teil des Problems – neben katastrophalen Arbeitsweisen offenbaren sich Verstrickungen und Vertuschungen. Immer wieder zieht Friedrich Ani nicht nur Parallelen zum NSU-Komplex, sondern er benennt explizit das Zwickauer Trio sowie existente Neonazistrukturen wie beispielsweise das FREIE NETZ SÜD. Dem spannenden und gut recherchierten Roman ist die Empörung des Autors über den NSU-Komplex genauso anzumerken wie seine Wertschätzung unabhängiger antifaschistischer Recherche- und Aufklärungsarbeit.

- *Massimiliano Levi, Daniel Schmidt, Michael Sturm (Hg.): Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt – Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter, Campus Verlag, Frankfurt / New York, 2010.*

Die 1970er Jahre werden all zu oft als »rotes Jahrzehnt« nach dem Wendepunkt »1968« wahrgenommen. Selbst bei der zeitgeschichtlichen Forschung finden die gesellschaftlichen Entwicklungen fernab von linker Studentenbewegung und Terrorismus wenig Interesse. Die Herausgeber des Sammelbandes versuchen einige neue Aspekte dieser Dekade aufzuzeigen.

Es wird hauptsächlich Deutschland betrachtet, daneben als weitere Schwerpunkte die NOUVELLE DROITE in Frankreich und der »akademische Kulturkampf« an österreichischen Hochschulen.

Neben der Organisationsgeschichte des BUND FREIHEIT DER WISSENSCHAFT oder der AKTION WIDERSTAND werden für Deutschland auch rechte Strategiedebatten nachgezeichnet. Die Beiträge zu Italien stehen ganz im Zeichen neofaschistischer Entwicklungen der 1970er Jahre. Die verschiedene

In dieser Rubrik wollen wir Euch einen kurzen Überblick über Bücher, Broschüren und andere Medien geben, die im Archiv neu

Aufsätze beschreiben verschiedene (extrem) rechte Erscheinungen der 1970er Jahre in Westeuropa, ohne die auch aktuelle Entwicklungen der (extremen) Rechte nur unzureichend zu verstehen sind.

Obwohl versucht wird, die Differenzen und Gemeinsamkeiten zwischen Italien und Deutschland herauszuarbeiten, bleiben diese oft mehr im Dunkeln, als dass sie klar markiert werden. Das »schwarze Jahrzehnt« bleibt dann auch vielleicht wegen der angestrebten europäischen Perspektive zu fragmentarisch.

- *Lausberg, Michael: Die extreme Rechte in Ostdeutschland 1990-1998, Tectum, Marburg 2012.*

Ziel seiner Veröffentlichung ist für Michael Lausberg die Offenlegung und Analyse der Aktivitäten und Innenansichten der extremen Rechte. Als Zeitrahmen setzte der Autor das offizielle Ende der DDR 1990 bis zum Einzug der DVU in den Landtag von Sachsen-Anhalt 1998. Nach einer kurzen unvermeidlichen begrifflichen Verortung folgt ein kurzer Abriss der »Geschichte der extremen Rechten in der DDR«, gefolgt von sechs kurzen regionalen Beschreibungen wie Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Beschreibung einiger extrem rechter Organisationen wie den üblichen Rechtsparteien und ihrer Aktivitäten in Ostdeutschland während des Untersuchungszeitraums. Ergänzend dazu werden einige neonazistische Organisationen wie der KU-KLUX-KLAN beschrieben. Die Auswahl von Organisationen ist hierbei unklar, es fehlen einige relevante wie die FAP (FREIHEITLICHE DEUTSCHE ARBEITERPARTEI), das Netzwerk der NATIONALEN E.V. oder Kameradschaften. Nicht nur, dass die Darstellungen weitestgehend aus der Wiedergabe von Ereignissen und Fakten aus der zeitgenössischen Sekundärliteratur besteht, vor allem fehlt es an den notwendigen Bewertungen und Kontextualisierungen. Keine Rolle scheint für den Autor rechte Alltagskultur oder Rechtsrock zu spielen, nicht mal das Netzwerk BLOOD & HONOUR – dazu ist im Buch nichts zu finden.

Somit wird das Buch leider seiner Zielvorgabe nicht gerecht. Weder beschreibt noch analysiert es adäquat die umtriebige extreme Rechte in Ostdeutschland der Neunziger Jahre.